

Bernhard G. Suttner

25 Jahre Ausdauer und Grundsatztreue –

Festrede anlässlich des Silberjubiläums
der bayerischen ödp.



Politische Korruption in Deutschland – ein verschwiegenes Fundamentalproblem?

Rede bei der Speyerer Demokratietagung

www.oedp-bayern.de
Infotel. (0851) 931131

Ökologisch-Demokratische Partei Bayern
Postfach 21 65
94011 Passau
Fax (08 51) 93 11 92
eMail bayern@oedp.de

ödp.

Garantiert frei
von Konzernspenden!

Inhaltsverzeichnis

Festrede „25 Jahre ödp Bayern“	3
Chronik der bayerischen ödp	18
Rede gegen die politische Korruption.....	23

25 Jahre Ausdauer und Grundsatztreue –

Rede des ödp-Landesvorsitzenden
Bernhard Suttner bei der Festveranstaltung
am 21.10.2006 in Regensburg anlässlich
des Silberjubiläums der bayerischen ödp.

Gibt es was zu feiern?

Keine Angst: Ich zähle jetzt nicht erneut die Erfolge der ödp auf – von der Abschaffung des Senats bis zur Streichung der fünf Atomkraftwerksstandorte.

Nein es gibt anderes zu feiern:

Die Ausdauer.

Die konsequente Treue zu unseren Gründungsideen.

Die klare Orientierung an unseren Werten.

Politik ist mehr und mehr von Hektik geprägt: Momentan müssen alle über Armut im Lande reden. In wenigen Wochen wird das Thema wieder allen zum Hals raus hängen; die Öffentlichkeitsmacher werden sich darüber einig sein, dass das Thema „durch“, „totgeschrieben“, „totgeredet“ und „totgesendet“ ist. So ging es mit den Lebensmittelskandalen, mit dem Feinstaub, mit dem Sommersmog, mit der politischen Korruption durch Spenden und Nebentätigkeiten und natürlich immer wieder mal mit der Klimaveränderung – wenn das dritte Jahrhundert-Hochwasser innerhalb von fünf Jahren auftritt oder sonst wie das „Wetter verrückt spielt“ – so formulieren ja die Medienmacher gerne: als ob die Physik den Verstand verloren hätte und nicht der Mensch! Wenn das Wetter wieder besser wird, verliert das Thema „Klima“ rasch an Medientauglichkeit und die Politik duckt sich ebenfalls weg.

Themen werden hochgekocht, totgeschrieben, totgeredet bis niemand mehr aufmerkt. Ein neues Thema kommt auf die Titelseite – ob am alten wirklich problemlösend gearbeitet wird, ist dann nicht mehr so wichtig

Dieses absurde hektische Theater machen wir nicht mit.

Treue zu den Grundsätzen ist ein Grund zum Feiern.

Was sind unsere Grundsätze?

Was sind unsere Werte?

Was sind unsere zuverlässig und beständig zu bearbeitenden Projekte?

Unser Name gibt darüber Auskunft.

Es geht um Ökologie und es geht um Demokratie.

Freilich müssen diese großen Begriffe in Detail-Projekte für die Öffentlichkeit immer wieder neu konkretisiert werden. Diese Detail-Projekte haben sich in 25 Jahren teilweise verändert – die wichtigsten Projekte sind jedoch – leider – heute wie damals aktuell geblieben:

1.

Notwendig ist eine differenzierte, qualitativ statt quantitativ orientierte Beantwortung der Wachstumsfrage.

Besser gesagt: In welche qualitativen Bereiche hinein wollen wir denn zulegen? In welche Richtungen wollen wir wachsen? Wofür ist der Ressourceneinsatz verantwortbar – angesichts der Gefahren für die Stabilität der Biosphäre durch extrem hohe und rasche Ressourcenverbräuche?

Dazu gehört auch der Mut zu sagen, dass manche gewohnte Bereiche der Ökonomie und der gewohnten Lebensstile reduziert werden müssen, reduziert womöglich bis auf Null. Das provoziert nach wir vor.

Für den Wachstumspolitiker gibt es z.B. nichts ärgerlicheres als etwas nicht zu benutzen. Eine unberührte und ungenutzte Landschaft z. B.

Es ist geradezu symbolisch, dass uns die bereits weit fortgeschrittene aber noch nicht vollendete Zerstörung des größten bayerischen Flusses während der gesamten Parteigeschichte begleitet ...

Ähnlich ist es mit dem Münchner Großflughafen. Auch hier fällt auf, dass der Landschaftsfraß und die Zerstörung bzw. Entwertung von Lebensräumen niemals aufhört, wenn es nach den Wachstumsideologen geht. Sie kriegen niemals genug.

Überall auf dem Planeten – und auch hier in Bayern – müssen Lebensräume verteidigt werden, die aus kurzfristigen ökonomischen Gewinninteressen vermarktet und den ökologischen Kreisläufen entzogen werden sollen. Dieser verhäng-

nisvollen Pseudo-Ökonomie stellen wir uns entgegen. Das ist die Gründungsidee der ödp:

Ökonomie darf nicht getrennt werden von ihrer Langzeitperspektive, ohne die sie zu einer absurden Veranstaltung wird, die der unvergessene Carl Amery oft so bildhaft mit der Bierhefe verglichen hat: So lange etwas in der Umgebung vorhanden ist, was aufgezehrt werden kann, macht sich die Bierhefe darüber her und blüht zu gewaltigem Umfang auf. Dann bricht der Erfolg schlagartig zusammen und die Bierhefe stirbt. Eine Ökonomie der Aufzehrung ist nur eine Karikatur echter Ökonomie. Ökonomie im klassischen Sinne zeigt Wege auf, wie ein sorgsamer Umgang mit den Ressourcen Bedürfnisdeckung und gleichzeitig den langfristigen Erhaltung der Ressourcen ermöglicht. Nach wie vor pflegt die Menschheit trotz des inflationären Nachhaltigkeitsgeredes genau das Gegenteil – nämlich Bierhefe-„Ökonomie“. Diese Kritik ist heute so aktuell wie vor 25 Jahren. Leider.

Den Beweis lieferte kürzlich die unsägliche Lobbyistenveranstaltung namens „Neue soziale Marktwirtschaft“. Diese Tarnorganisation der Industrielobby, die sich eine ganze Riege von Wissenschaftlern, Publizisten, Beratungsfirmen und Promis eingekauft hat um die letzten Reste sozialstaatlicher Gesinnung niederzumachen, diese Tarnorganisation des Neoliberalismus mit dem gezielt irreführenden Namen hat diesen Prospekt den Tageszeitungen beilegen lassen: „Was braucht Deutschland jetzt? Wachstum.“ Das ist Volksverdummung. Diese Verdummung durch mangelnde Differenzierung begleitet uns seit 25 Jahren. Mehr, mehr, mehr ist so ziemlich die dümmste Forderung schlechthin. Wir sagen: Von diesem mehr, von jenem weniger und von dem da am besten gar nichts mehr!

Zu diesem Gedanken gehört untrennbar das, was ich heute mal positiven Staatskonservatismus nennen möchte: Die qualitative Orientierung der Wirtschaft, ihre Zukunftsverantwortung kommt ebenso wenig durch reinen Wettbewerb zustande wie die soziale Verantwortung. Beides muss von außen, von staatswegen der Wirtschaft abverlangt werden. Durch Ordnungsrecht, durch Anreize, durch klug gewählte Steuern und Abgaben und natürlich auch durch das Nachfrageverhalten der öffentlichen Einrichtungen. Was der so genannte Neoliberalismus will, ist genau das Gegenteil: Die Minimalisierung des Staates, am liebsten seine faktische Abschaffung. Die Globalisierung, so wie sie derzeit anarchisch abläuft, beschleunigt

diesen Staatsabbauprozess – beklatscht und jubelt von den wahrhaft „a-sozial“ eingestellten im Lande, die nicht im ausgebeulten Trainingsanzug Dosenbier konsumieren sondern im feinen Tuch ganze Belegschaften entlassen – zum Wohle der Kurspflege am Aktienmarkt, Gewinne gesteigert, Gegenbuchung in Nürnberg bei der Arbeitsagentur zu Lasten der Allgemeinheit!

Wir stehen zur Globalisierung der Idee einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft als dem Gegenmodell zur weltweiten, regellosen Chaos-Wirtschaft eines ungezähmten Wettbewerbs. Deshalb stehen wir auch zum Staat und zu seiner Ordnungsfunktion. Eine soziale Marktwirtschaft, und erst recht eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft kann es nur mit einem aktiven Staat geben, der seine Machtmittel durch Zusammenarbeit mit Partnerstaaten sichert und bereit ist, sie auch gegen weltweit operierende Konzerne einzusetzen. Deshalb stehen wir zur Initiative globaler Marshallplan, weil hier diese Ordnungsidee aktualisiert wird, weil hier Mittel und Wege erdacht wurden und werden, wie die Staaten wieder handlungsfähig werden.

2.

Die Gründungsidee der ödp, die Wachstumsfrage und ihre differenzierte Beantwortung, führt uns direkt zur großen Schicksalsfrage der Menschheit, die global gestellt ist, aber lokal beantwortet werden muss:

Die Lösung des Energieproblems wird jetzt wirklich drängend.

Die Nachrichten aus der Ölwirtschaft sind alarmierend – nicht weil der spekulative Ölpreis manchmal steigt und manchmal vorübergehend wieder fällt.

Nein, die Nachrichten müssen alarmieren, weil Peak-Oil erreicht ist! Ab sofort verbraucht die Welt mehr als neu erschlossen werden kann. Ab sofort wird es ernst. Ab sofort wird mit noch härteren Bandagen um den Zugriff gekämpft werden. Ab sofort werden die armen Länder noch mehr in Schwierigkeiten kommen.

Wer Hirn hat, kümmert sich um dieses Problem, setzt es auf die Agenda ganz oben. Wer keines hat, kümmert sich um die Produktion von Rennautos oder Dschungelfahrzeugen für den täglichen Weg zum Büro oder zu Aldi.

Ich habe hier einen Werbespekt der Firma Audi. Dieses neu produzierte Fahrzeug eines bayerischen Herstellers hat einen Durchschnittsverbrauch von 14 Litern – im Stadtverkehr nimmt der Wagen gerne auch 19 Liter zur Brust. Kein deutscher Hersteller hat ein Hybridfahrzeug im Angebot. Keiner bietet die Freigabe für Bioethanol oder reines Pflanzenöl an. Was sorgt sich die ödp neuerdings um die Autoindustrie? Ja natürlich, wir sind doch nicht illusionsverliebt. Hier geht es um zigtausende von Arbeitsplätzen, hier geht es um Zukunft. Wenn diese falsche Produktphilosophie nicht bald durch eine vernünftige abgelöst wird, dann müssen wir alle es ausbaden. Aufgewacht meine Damen und Herren in den Führungsetagen von BMW, Audi und Daimler: Peak-Oil ist da!

Aber das Problem ist natürlich noch weit vielschichtiger.

Gerade in der Energiepolitik gilt der Grundsatz qualitativer statt quantitativer Dynamik: Von diesem viel mehr, von jenem viel weniger und von dem da am besten so schnell wie möglich gar nichts mehr!

Ressourceneinsatz um mittelfristig Ressourcen zu schonen – das ist für die Mengenwachstumsfanatiker riskant. Deshalb wird die große, weltweite Energiereform (fast wäre das Wort Revolution hier angebracht) nach wie vor vermieden, mittlerweile rhetorisch durchaus bemüht, aber faktisch blockiert.

Man will mit den gefährlichen Formen der Energiewirtschaft weiter Gewinne machen. Man will die zentralistischen Strukturen halten (obwohl sie extrem unvernünftig sind) weil so weiterhin das Geld in einige wenige ganz große Kassen fließt. Die neue Energiewirtschaft wird dezentral, effektiv und von erneuerbaren Quellen gespeist sein. Das will man seitens der Öl- und Atomkonzerne verhindern, weil dadurch unzählige kleine Kassen von Landwirten, Mittelständlern und Privatleuten in den Regionen der Welt gefüllt würden.

Ich nehme ein aktuelles Beispiel, das Bände spricht: Die rot-grün regierte Stadt München will etwas Gutes tun. Reduzierung des Atomstromanteils im Stadtwerke-Energiemix. Aha. Man hat offensichtlich gehört, dass wir genau dieses Thema zu einem Kern unserer Kommunalwahlkampagne 2008 machen werden. Nun wird mit Getöse hinausposaunt, dass man ökologische Großtaten vorhat: Ein Biomassekraftwerk, Beteiligungen an Solarkraftwerken in Spanien und Nordafrika, Anreize zum Energiesparen ... und schließlich noch eine Beteiligung von 300 Millionen Euro an einem neu zu erbau-

enden Kohlekraftwerk in Köln! Begründung: Wenn 2020 Ohu vom Netz gehen sollte, dann hätte man eine Stromlücke. Die rot-grüne Musterstadt München liefert also der CSU und der ganzen Atomlobby ein ebenso übles wie falsches Argument auf dem Silbertablett: „Wenn der Atomausstieg kommt, muss mehr Kohle verfeuert werden und das Klima weiter ruiniert werden.“ Es ist ein Elend! Die rot-grüne Vorzeige-Stadt München stützt diese fatale Falschinformation der alten Energie-Konzerne und ihrer politischen Diener.

Die Wahrheit ist: Es geht ohne Atomkernspaltung und es geht ohne weitere Aufheizung der Atmosphäre – es muss gehen! Jeder Euro und jede Minute Ingenieursarbeit darf ab sofort nur noch für Energieeffizienz z.B. durch dezentrale Kraftwärmekoppelung, Erschließung erneuerbarer Energiequellen und für die konsequente Beendigung von Energieverschleuderung eingesetzt werden. 300 Millionen Euro für eine Kohleverstromungsanlage in NRW um München mit Strom zu versorgen – das ist das Denken des vorigen Jahrhunderts!

Die Peinlichkeit der rot-grünen Stadtregierung in München wird natürlich durch die Gefährlichkeit der schwarzen Staatsregierung bei weitem übertroffen: Stoiber und seine Leute wollen das potentielle Ende der Bewohnbarkeit Bayerns weiterhin riskieren. Ja, darum geht es wirklich bei der Atomkraftnutzung: Ein großer Unfall und dieses Land ist unbewohnbar! Neuschwanstein wird noch stehen, aber die Besucherströme werden fehlen. Vielleicht muss man die Dinge mal so drastisch darstellen, um aufzurütteln.

Auch jenseits des Udenkbaren gibt es genug gute Gründe, Schluss zu machen mit dem Atomabenteuer: Uran ist ebenso knapp, ja noch knapper wie Öl. Auch Uran wächst nicht im Garten der Staatskanzlei sondern muss importiert werden. Und für mich der wichtigste Grund: In der gesamten Uran-Nutzungskette, vom Abbau über den Abbrand bis hin zum Abfall wird mit dem Leben und der Gesundheit der beteiligten Menschen und der künftigen Generationen Schindluder getrieben! Aber auch dieses muss bedacht werden: Es gibt keine wirkliche Trennung von so genannter friedlicher Nutzung und militärischer Nutzung der Atomtechnik. Hätte es der Beweise noch bedurft, dann haben wir sie jetzt: Dem Iran und Nordkorea wurden die „friedlichen“ AKWs mit Begeisterung geliefert. Jetzt heult man auf.

Wir finden uns nicht damit ab. Wir sind entschiedene Atomkraftgegner. Schluß mit dem Wahnsinn – so schnell wie möglich. Hier bei uns in Bayern und weltweit. So lange die CSU als Partner der Atomindustrie auftritt und nicht nur für lange Laufzeiten der bayerischen Anlagen wirbt sondern immer wieder mal auch den Neubau von AKWs vorschlägt und finanziell unterstützt, sich absurd sorglos gegenüber den Anlagen in Tschechien, der Slowakei und anderen östlichen Nachbarstaaten verhält, so lange dürfte eigentlich kein ethisch sensibler Mensch diese Partei wählen oder ihr gar als Mitglied Beitrag zahlen und Lebenszeit opfern.

Wir sind die Alternative für diese Menschen. Ich halte es für eine echte Verantwortung, diese Alternative anzubieten. Die Grünen können das nicht sein, so lange sie dem Gedanken des Lebensschutzes so widersprüchlich Rechnung tragen und z.B. dem noch nicht geborenen Menschen jeden Rechtsschutz verweigern wollen. Das gehört auch zu unserer Geschichte und auch dieser Aspekt ist uns wertvoll.

3.

Für das Glanzstück unserer Programmarbeit seit 25 Jahren halte ich die Verknüpfung von sozialer Vorsorge und nötiger Energiewende. Das Elend der Arbeitslosigkeit und das Elend der ökologischen Gefährdung durch eine falsche Energiewirtschaft muss stets gleichzeitig im Auge behalten werden. Alle Vorschläge müssen daraufhin geprüft werden, ob sie beide Probleme beachten.

Unser Vorschlag für eine weitreichende Neuorientierung der Staatsfinanzierung, aus Sorge um die Chancen des humanen Faktors in der Wirtschaft und aus Sorge um die Stabilität der Biosphäre ist nach wie vor ein großer Wurf, der die Grundprobleme der ökologischen Krise und der sozialen Krise ohne Brüche angehen läßt.

Es zeichnet sich ab, dass der Gedanke, die sinnvollen Sozialsysteme nicht mehr durch Aufschläge auf den Preis der Arbeit zu finanzieren, sich allmählich durchzusetzen beginnt. Dass im Gegenzug den Konkurrenten des Faktors Arbeit, nämlich dem Energieeinsatz und dem Kapitaleinsatz stärkere Beiträge zur Finanzierung des Gemeinwohls abverlangt werden müssen, ist ebenso selbstverständlich wie unpopulär. Wir müssen dennoch diesen Gedanken weiter popularisieren. Gegen die Bild-Zeitung. Gegen die Lobbyisten. Gegen weite Teile der großen Parteien.

Wenn es nicht gelingt, die Arbeit von den unseligen Lohnnebenkosten zu befreien, werden wir die Spaltung der Gesellschaft vorantreiben. Ordentlich bezahlte Arbeit wird dann mehr und mehr zum Luxusgut. Schwarzarbeit wird dann zum Normalfall werden – mit allen Konsequenzen für die Sozialsysteme!

Die Abschaffung der Lohnnebenkosten ist auch deshalb geboten, weil die „neue Arbeit“ der Zukunft vor allem Dienstleistung sein wird.

Dienste sind human und wichtig – in der Schule die gezielte Einzelförderung besonders intelligenter und besonders hilfsbedürftiger Kinder, im Altenheim und Krankenhaus die Fachlichkeit plus Zuwendung, im Kindergarten die Kreativität, die Bildung und die Unterstützung beim Begreifen der Welt, im Gesundheitswesen die Ernährungsberatung und die Prävention, auch die Beratung von Familien und Stärkung von Menschen mit Handicaps vielerlei Art, Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen, auch die vielfältige kulturelle Arbeit in Stadt und Land, vor allem aber die für uns alle überlebenswichtige Forschungstätigkeit – dies alles machen keine Automaten, das machen keine Roboter, das gelingt nicht am Fließband im Sekundentakt. Dies alles ist personalintensiv und trägt heute unsäglich hohe Abgaben, wird deshalb teuer, unterbleibt mehr und mehr oder weicht aus in andere Länder bzw. in den illegalen Schwarzbereich.

Die Lösung heißt: Sozialabgaben auf Kilowattstunden, nicht auf menschliche Arbeitsstunden. Dass wir diese revolutionäre Botschaft seit 25 Jahren in die Gesellschaft hineinragen ist eine große Leistung.

4.

Wir stehen seit 25 Jahren ein für die Verwirklichung der Millenniumsziele die es damals in dieser Form noch nicht gab, die aber allen ethisch sensiblen Menschen schon als Aufgabe bewusst waren. Anders ausgedrückt: Die ödp bemüht sich seit ihrem Bestehen für Menschenwürde, für Gerechtigkeit und Frieden.

Uns war auch vor 25 Jahren schon klar, dass der Weltfrieden ohne soziale Gerechtigkeit, Schonung der Ressourcen, ohne fairen Welthandel und ohne Verbesserung der Gesundheitschancen für alle Menschen nicht erhalten werden kann. Auch das große Problem des Bevölkerungszuwachses in vielen

Teilen der Erde haben wir frühzeitig als Folge mangelnder sozialer Stabilität erkannt und debattiert.

5.

Familiengerechtigkeit als Basis der Sozial-Ökologie

Als Konsequenz aus der bei uns immer mit großem Ernst geführten Debatte um den Schutz für ungeborene Kinder – einer der wichtigsten Gründe für die Trennung von den Grünen – wurde hier bei uns ein tragfähiges Konzept einer familienorientierten Sozialpolitik entwickelt. Wir treten für ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt ein, mit dem sich die Eltern als Subjekte den von ihnen favorisierten Lebensstil und die dafür nötigen Objekte frei auswählen und finanzieren können: Öffentliche Betreuung, Anstellung einer Fachkraft, Investition in eine private Kinderbetreuung zusammen mit anderen Familien oder aber Eintritt in den eigenen Arbeitsplatz Familie entweder als Vollzeit für einen Partner oder als Teilzeit für beide.

Das ist der Kontrast zu den Verrenkungen der anderen Parteien, vor allem zu den Zeitgeistübungen der CSU. Wir wollen nicht, dass der Staat den Lebensstil der Familien bestimmt. Wir wollen aber auch die Familien nicht in der Ecke stehen lassen. Wir wollen die Vielfalt der Möglichkeiten anregen und die Wahl der geeigneten Mittel den Eltern überlassen. Das ist praktiziertes Subsidiaritätsprinzip.

Was sich derzeit tut, ist schlimm.

Die Botschaft des bejubelten neuen Elterngeldes lautet genau betrachtet:

■ Kinder brauchen ihre Eltern längstens 14 Monate lang, dann braucht die Wirtschaft wieder beide Eltern... und sei es nur zum Zweck der dauerhaften Anspannung des Arbeitsmarktes. (Viel Nachfrage nach Arbeit schwächt die Macht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer... Wen wundert es, dass die Arbeitgeberverbände an der „langen Dauer“ der Elterngeldzahlung herumrörgeln!)

■ Zweitens sagt das Elterngeld: 10 Stunden in der Woche reichen. Denn der Bezug von Elterngeld erlaubt auch eine Berufstätigkeit von 30 Stunden. Wer also seine Berufstätigkeit nur von 40 auf 30 Wochenstunden reduziert, kann schon Elterngeld beziehen.

■ Drittens sagt das neue Modell: Elternarbeit ist nichts wert – dafür wirst du nicht bezahlt. Du bekommst aber einen Ausgleich für den entgangenen Arbeitslohn! Deshalb kriegt auch ein gut verdienender Elternteil mehr Elterngeld als eine schlecht bezahlte Arbeitnehmerin. Die Studentin wird ebenso mit dem Sockelbetrag abgespeist wie die Sozialhilfeempfängerin. Es geht eben nicht um die Bezahlung und Anerkennung von Erziehungsleistung und Familienarbeit – nein es ist eine Lohnersatzleistung. Das ist kein Streit um Worte – das ist ein sehr deutliches sozialetisches Symbol: Wertvoll ist der Mensch als gut verdienende Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer. Als Familienmensch bist du nichts wert.

- Auch das neue Kinderbetreuungsgesetz in Bayern vermittelt dieselben Botschaften: Kinder zeugen und so schnell wie möglich in öffentliche Betreuung. Schließlich wird den Kommunen mehr Geld in Aussicht gestellt, wenn sie möglichst viele unter-dreijährige Kinder und alle Kinder möglichst lange in einer Einrichtung haben. Darin zeigt sich: Der Staat (unter Anleitung der Wirtschaftsinstitute und der Arbeitgeberverbände) will die Kinder aus den Familien herausbekommen. Familie im herkömmlichen Sinn wird als wirtschaftsfeindliche Einrichtung interpretiert, deren Umgriff man tunlichst beschneiden sollte.

Das nenne ich einen Angriff auf die sozial-ökologischen Grundstrukturen einer Gesellschaft!

Wenn die Wertkonservativen im Lande, die Verteidiger der Familie auch 2008 wieder CSU wählen, dann sollten sie sich im Klaren darüber sein, dass sie diesen familienfeindlichen Kurs unterstützen. Unsere Position ist ganz klar: Freie Wahl des Lebensstils der Familien durch klare Umstellung auf Subjektförderung, statt Objektförderung.

6.

Kampf gegen politische Korruption und für eine lebendige Demokratie

Ich nenne die heutige Spendenpraxis an Abgeordnete und Parteien ebenso wie die heutige Nebentätigkeitspraxis während und teilweise erst nach dem Abgeordnetenmandat schlicht und direkt politische Korruption.

Politische Korruption ist schlimmer als die Bestechung eines kleinen oder großen Beamten. Brecht fragt bekanntlich:

„Was ist das Ausrauben einer Bank gegen die Gründung einer Bank?“ Ähnlich könnte man sagen:

Was ist die gemeinwohlwidrige Umgehung eines Gesetzes gegen die gemeinwohlwidrige Gestaltung eines Gesetzes!

Das neue Nichtrauchererschutzgesetz schreibt die Tabaklobby. Es ist schon lustig zu beobachten, dass tatsächlich bis hin zur Übernahme von Tippfehlern, die Vorlage der Regierung von der Tabaklobby übernommen wurde.. .

Wir haben immer noch kein Tempolimit, weil die Automobilindustrie spendet und berät.

Wir subventionieren Atom und Steinkohle milliarden-schwer. Seit einigen Jahren wissen wir, dass die entsprechenden Konzerne Abgeordnete, ja echte Spitzenpolitiker, direkt auf ihrer Gehaltsliste hatten, bezahlt haben – ja wofür eigentlich?

Was haben z.B. die folgenden Firmen und Konzerne gemeinsam

AXA, BASF, Commerzbank, Deutsche Börse, Interseroh, Möller&Förster, Odewald&Co, Rockwoll, Ernst&Young und IVG ?

In allen diesen Firmen übt ein gewisser Herr Merz ein Aufsichtsrats-,Verwaltungsrats- oder Beiratsamt aus. Herr Merz ist zudem – wenn es die Zeit erlaubt – auch als gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages tätig und bezieht aus der Staatskasse ein Abgeordnetengehalt und das Anrecht auf ein üppige Pension.

Das macht die Demokratie auf die Dauer kaputt. So viele steigen aus. Sie sagen, dass es keinen Sinn hat, zu wählen oder sich zu engagieren. Das große Geld würde ohnehin die Politik im Griff haben. Das Kreuz auf dem Stimmzettel sei nur Dekoration.

Dagegen stehen wir. Wir müssen uns auch manchmal Dinge anhören, die wir nicht verdient haben. Manche Leute schmeißen mittlerweile jeden, der sich für Politik aktiv interessiert in den Korruptionstopf. Das tut mir in der Seele weh, weil ich Politik für eine ehrenwerte, sinnvolle Pflicht halte.

Deshalb bin ich sehr stolz darauf, einer Partei anzugehören, die diesen gefährlichen Skandal nicht mitmacht, ihn bekämpft und nicht locker lässt, bis hier endlich Taten erfolgen.

Wie bei den anderen genannten großen Themen, werden wir auch hier nicht nachlassen und geduldig die Profiteure der politischen Korruption nerven.

Wir feiern heute 25 Jahre Ausdauer und Grundsatztreue.

Und es gibt noch etwas zu feiern:

Nicht eine einzige politische Grundaussage aus den 25 Jahren unseres Bestehens musste zurückgenommen werden. Jede dieser Grundaussagen wurde von anderen zunächst abgelehnt, zum Teil lächerlich gemacht und zum Teil dann doch unter dem Druck der Verhältnisse halbherzig übernommen:

Was mussten wir uns nicht alles anhören. Von höchsten Politikern, wahren Größen der Zeitgeschichte wurde vieles zunächst lächerlich gemacht, was uns bereits klar geworden war:

Klimaveränderungen? Nicht bewiesen, nicht unbedingt vom Menschen verursacht.

(Noch im vorigen Jahr verkündete ein hoher Beamter dieses bayerischen Staates bei der Eröffnung einer Ausstellung zum Klima- und Energieproblem ohne rot zu werden den folgenden Satz: „Vor 20 Jahren konnte niemand ahnen, dass sich das Klima durch den Ausstoß von CO₂ verändern würde und wir eines Tages derart gewaltige Probleme bekommen würden.“ Ich habe damals als Zuhörer vor den geladenen Gästen meine angeborene und anerzogene höfliche Zurückhaltung verloren...)

Sonnenenergie? Träumerei von realitätsfernen Naturromantikern!

Biomasse als Rohstoff für Energie und Industrie aus der Landwirtschaft? Viel zu teuer und ineffektiv!

Biologische Landwirtschaft mit hohem Tierschutzanspruch, Bodenschutz und Erhalt der Artenvielfalt? Zurück auf die Bäume und in die Höhlen als Sammler und Jäger – viel Spaß beim Verhungern!

Katalysator für jedes Auto? Macht die deutsche Autoindustrie kaputt!

Atomkraft stoppen? Ohne Neubau von vielen neuen AKWs gehen die Lichter aus! Steinzeit – nein Danke!

Verzicht auf die WAA? Ohne sie gibt es in Deutschland keine Energiesicherheit! Außerdem droht die Abkoppelung Deutschlands vom technischen Fortschritt.

Mülltrennung? Absurd und teuer! Alles in den großen Ofen – das ist der Fortschritt!

Direkte Demokratie auf Gemeindeebene – Da will keiner mehr BM oder GR werden! Das Chaos, der Gruppenegoismus

und die notorischen Fortschrittsbremser werden die Gemeinden ruinieren!

Und natürlich unvergessen die Schrödersche Äußerung vom „Gedöns“, mit der er in Nachfolge Konrad Adenauers die Notwendigkeit der gezielten und ernsthaften Familienförderung abtun wollte ...

Das sehe ich wirklich als Grund zum Feiern:

Wir sind in allen unseren wichtigen Themen richtig gelegen und wir liegen auch mit unseren aktuellen Themen richtig.

Z.B. bei der grünen Gentechnik:

Ich mache mir keine Illusionen, aber der erzwungene Schwenk um wenigstens 90 Grad, den wir der CSU in Sachen Genmanipulation in der Landwirtschaft heuer in unserem Jubiläumsjahr abgerungen haben, zählt für mich zu den ganz großen Erfolgen für die es sich lohnt, gearbeitet zu haben und konzentriert weiter zu arbeiten. Freilich ist das große Ziel einer landesweiten Zone ohne GVO-Anbau noch lange nicht geschafft. Die CSU trickst. Die Konzerne haben schließlich gespendet. Es liegt an der breiten Bürgerbewegung, der wir angehören, dieses schöpfungsethische Großprojekt kontinuierlich zu betreuen.

Es zeichnet sich schon ab, dass immer mehr Journalisten, Publizisten und Politikberater für die Abschaffung der Lohnnebenkosten und für ein steuerfinanziertes Sozialsystem eintreten. Die Kombination von ökologischer Umsteuerung und Reform der Finanzierung des Sozialsystems wird zwar dank des verunglückten ersten Versuchs von Schröder, Fischer und Co noch viel Aufklärung brauchen – aber auch dieses wird noch kommen.

Mit besonderer Genugtuung lese ich dieser Tage, dass sich ein hohes Finanzgericht des Problems der Parlamentarier-Privilegien annimmt und die Prüfung des skandalösen steuerfreien Zweiteinkommens der Abgeordneten verfassungsgerichtlich überprüfen lassen will. Auch hier werden wir noch Recht bekommen.

Wir werden allerdings noch viel Arbeit aufwenden müssen, um die Idee des Familiengehalts als Königsweg zu einer wirklichen Wahlfreiheit beim Lebensstil voranzubringen.



„Wer Visionen hat, sollte sich einen guten Nervenarzt suchen“, sagen reine Pragmatiker gerne.

Ich sage: „Wer keine Visionen mehr hat, sollte sich nach einem leistungsfähigen Bestatter und einem gemütlichen Plätzchen auf dem Friedhof umschauchen!“

Wir träumen nicht, wir arbeiten. Für die schrittweise Annäherung an die humane Vision eines Lebens in Fairness:

Fairness gegenüber den heute lebenden Menschen hier im Land und in anderen Kontinenten

Fairness gegenüber den künftigen Menschen

Fairness auch gegenüber allen Mitgeschöpfen.



Ich möchte zum Schluß dieser Jubiläumsrede einen Blick auf Bilder aus der Mythologie werfen:

Müssen wir uns mit Sisyphos vergleichen, der in der Unterwelt den großen Stein sinnlos auf den Gipfel bewegt und nicht verhindern kann, dass er ihm im letzten Moment entgleitet und die Plackerei von vorne beginnt?

Sollen wir uns als David fühlen, der dem riesigen wohl gerüsteten Goliath entgegentritt und ihm den einen tödlichen Treffer zufügt? Oder gar als Ritter Georg, der furchtlos dem Drachen entgegen reitet und ihn mit Gottes Hilfe besiegt?

Sollen wir uns gar als Atlas definieren, der das Himmelsgewölbe stützen muss, damit nicht alles zusammenstürzt?

Nein und nochmals Nein.

Sisyphos leidet weil er im irdischen Leben getrickst und geschummelt hat. Wer sich um Ehrlichkeit bemüht wird Erfolge haben – auch wenn vielleicht nur kleine Steine bewegt werden.

David ist natürlich sympathisch und als Bild für eine kleine Gruppe naheliegend und tröstlich. Aber Goliath und auch St. Georgs Drache kann im wirklichen Leben niemals durch einen einzigen Treffer – sei es mit der Steinschleuder oder dem Speer – ausgeschaltet werden. Demokratie ist nicht endgültig siegreich. Es ist ein stetiges Hin-und-Her und niemals ein Ein-für-alle-Mal! Mir gefällt ein Bild, das man im süddeutschen Raum oft in gotischen und barocken Kirchen findet: Eine von den „drei heiligen Madln“, die heilige Margarete, wird mit einem Lindwurm dargestellt. Nur: die heilige Frau tötet den Drachen nicht, sie führt ihn an der Kette! Dieses Bild gefällt mir, weil es

mir die Aufgabe des Lebens besser zu beschreiben scheint als die männliche Vorstellung vom tödlichen Drachen- oder Goliathkampf. Das Ungeheuer ins uns und in den gesellschaftlichen Systemen muss an die Kette gelegt werden – es kann nicht getötet werden! Wie oft schon wurde ein David oder Drachentöter später selbst zum Ungeheuer! Es ist der Weg der gezielten Zähmung und Bändigung. Ich sehe in der Kette der Margarete die Methode des modernen Rechtsstaates ebenso wie die Methode des modernen Sozialstaates, der dem potentiell gefährlichen Raubtier einer reinen Wettbewerbsgesellschaft und einer die Ressourcen erschöpfenden Mengenwachstumswirtschaft die Kette anlegt.

Vor allem aber gibt mir der Mythos vom Titanen Atlas zu denken:

Wer meint, er müsse das Himmelsgewölbe alleine tragen, ist schon gescheitert. Das kann nämlich keiner. Wir sind Teil eines weltweiten Netzwerkes und tragen gemeinsam die Prozesse der Aufklärung und der praktischen Verbesserungen! Schauen wir uns doch um: Da strecken noch andere die Arme hoch und versuchen das Himmelsgewölbe zu stützen. Nur weil es viele tun, hält es noch. Ja, es müssen mehr werden. Ja sie müssen an immer mehr Stellen reparieren und halten, was zu stürzen droht. Aber es gibt auch welche, die auf uns blicken und ihrerseits bei ihrer wichtigen Arbeit nicht nachlassen, weil sie sehen, dass wir arbeiten und ihre Arbeit unterstützen!

Wir haben an unserem Ort unsere Arbeit zu tun und nicht überall die ganze Arbeit.

Wir machen Politik aus Verantwortung und mit innerer Befriedigung und manche von uns auch mit Gottvertrauen.

Wir machen Politik - wer wollte das bestreiten - manchmal sogar mit Lust und Freude am kleinen oder größeren Erfolg.

Wir machen Politik – immer im Bewußtsein, dass das Leben schön ist und dass es wertvoll ist – in allen seinen Erscheinungsformen

Seit 25 Jahren. Das ist ein Grund zum Feiern!

Die Chronik der bayerischen ödp.

1981:

17. Oktober: Im Bundesbahnhof in München gründen 22 Mitglieder der Grünen Aktion Zukunft (GAZ), der Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik (AGÖP) und der Grünen Föderation die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp), Landesverband Bayern. Michael Arends wird Landesvorsitzender.

1989:

8. Juni: Europawahl. ödp-Ergebnis in Bayern: 1,0 Prozent

16. Juli: Der Landesparteitag in Augsburg wählt Oswald Schönmüller, Dipl.-Kaufmann aus Planegg, Kreis München, zum neuen Landesvorsitzenden.

1990:

Juni: Das von der ödp unterstützte Volksbegehren Das bessere Müllkonzept des Dachverbands der Bürgerinitiativen gegen Müllverbrennung nimmt die Unterschriftenhürde zum Volksentscheid.

14. Oktober: Die ödp beteiligt sich an der bayerischen Landtagswahl, erstmals mit Direktkandidaten in allen 104 Stimmkreisen. Ergebnis: 1,7 Prozent; in Niederbayern (2,4) und Schwaben (2,3) wird erstmals die 2-Prozent-Marke überschritten. Bei der gleichzeitigen Bezirkstagswahl erringt die ödp in Oberbayern erstmals ein Bezirkstagsmandat; bayernweites Ergebnis: 2,2 Prozent.

1991:

Frühjahr: Die bayerische ödp eröffnet ihre erste hauptamtlich besetzte Landesgeschäftsstelle in Passau. Urban Mangold wird erster Landesgeschäftsführer.

3. Oktober: Der Landesparteitag in Landshut wählt Bernhard Suttner, Bildungsreferent aus Windberg, Kreis Straubing-Bogen, zum neuen Landesvorsitzenden.

1994:

25. September: Die ödp beteiligt sich an der Landtagswahl und erzielt mit landesweit 2,1 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis. Bei den parallelen Bezirkstagswahlen erringt die ödp insgesamt 4 Sitze in den Bezirkstagen Oberbayern (3,0), Niederbayern (4,7) und Schwaben (3,2 Prozent).

1995:

1. Oktober: Durch Volksentscheid werden gegen den Widerstand der CSU Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene eingeführt. Die Initiative Mehr Demokratie in Bayern wurde massiv von der ödp unterstützt

1996:

10. März: Bei den Kommunalwahlen kann die ödp die Zahl ihrer Mandate in Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen bayernweit von zuvor 65 auf nunmehr 211 mehr als verdreifachen – trotz einer von der CSU veranlaßten schikanösen Wahlrechtsverschärfung („Lex ödp“).

5. Oktober: Der Landesparteitag in Nürnberg beschließt die Einleitung des Volksbegehrens Schlanker Staat ohne Senat.

1997:

Juni: Binnen 2 Wochen geben 10,5 Prozent der bayerischen Wahlberechtigten zugunsten des ödp-Volksbegehrens „Schlanker Staat ohne Senat“ ihre Unterschrift bei der Gemeindeverwaltung ab. Damit ist das Volksbegehren zum Volksentscheid zugelassen.

1998:

Januar: Die ödp startet die erste Phase des Volksbegehrens „Schlanker Staat, schlanker Landtag“. Ziel: Reduzierung des Landtags auf Normalgröße von 204 auf 145 Sitze. Die Landtagsparteien lenken ein. Das Parlament verkleinert sich selbst auf 180 Sitze, um das ödp-Begehren abzuwehren. Die Verkleinerung tritt mit der Landtagswahl 2003 in Kraft.

8. Februar: 69,2 Prozent stimmen beim Volksentscheid für das von der ödp initiierte Volksbegehren Schlanker Staat ohne Senat. Nur 23,7 Prozent stimmen für den CSU-Entwurf.

4. Juli : Die ödp überspringt mit 26.500 Unterschriften die erste Hürde für das Volksbegehren „Kein neues Atomkraftwerk

in Bayern“. Ziel ist die Streichung der fünf für ein zusätzliches Atomkraftwerk vorgesehenen bayerischen Standorte aus den Standortsicherungsplan. Stoiber lenkt ein, der Landtag beschließt die Streichung.

13. September: Die ödp erreicht bei der Landtagswahl 1,8 Prozent.

2001:

Februar: Die ödp startet mehrere kommunale Bürgerbegehren „Temelin-Strom kommt mir nicht ins Haus!“ Ziel ist die Verhinderung von Stromlieferungen aus dem tschechischen Pannen-Atomreaktor Temelin.

Juli: Aufgrund der erfolgreichen Anti-Temelin-Bürgerbegehren der ödp erklärt der E.ON-Konzern: Die Lieferverträge mit dem Temelin-Betreiber werden gekündigt.

8. Dezember: Die ödp startet das neue Genethik-Volksbegehren „Menschenwürde – ja, Menschenklonen – niemals!“

2002:

März: Die bayerische ödp steigert die Zahl ihrer kommunalen Mandate erheblich auf landesweit 242 Sitze.

2003:

Juni: Rund 215.000 Bürgerinnen und Bürger tragen sich für das von der ödp initiierte Volksbegehren „Menschenwürde ja, Menschenklonen niemals“ in den Rathäusern ein. Damit verfehlt das Projekt die in der zweiten Phase des Volksbegehrens geltende 10-Prozent-Hürde.

September: Bei der Landtagswahl erreicht die ödp 2,2% der Erststimmen und insgesamt 2,0%. Am stärksten ist die ödp in den Regierungsbezirken Niederbayern (4,0%) und in der Oberpfalz (2,7%)

2004:

Juni: Die ödp nimmt die erste Hürde für ihr neues Volksbegehren „Gerecht sparen, auch an der Spitze“, mit dem überzogene Pensionen und Aufsichtsratsposten für Politiker gestrichen werden sollen. Auch das zweite ödp-Begehren „Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ überspringt die erste Hürde.

Bei der Europawahl am 13. Juni erreicht die ödp mit landesweit 2,4% ihr bislang bestes Ergebnis in Bayern. Nicht nur in der Hochburg Ostbayern, sondern überall im Freistaat hat die ödp deutlich zugelegt und ist nun landesweit fünftstärkste Partei - noch vor den Republikanern. Die drei besten bezirksweiten Ergebnisse erzielte die ödp in Niederbayern (4,6%), der Oberpfalz (3,9%) und in Oberbayern (2,6%). In Niederbayern und der Oberpfalz liegt die ödp auch mit deutlichem Abstand vor der FDP.

2005:

April: Der Bayerische Verfassungsgerichtshof läßt auf Betreiben des Innenministeriums das ödp-Volksbegehren gegen überzogene Politikerprivilegien nicht zu.

Juli: Gut 400.000 Wahlberechtigte tragen sich in den Rathäusern für das von der ödp gestartete Volksbegehren „Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ ein. Das Volksbegehren kann die Zehn-Prozent-Hürde nicht überspringen. Ziel der Initiative war die Verankerung der Gesundheitsvorsorge im Landesentwicklungsprogramm und die Einführung öffentlicher Genehmigungsverfahren mit Nachbarschaftsbeteiligung bei der Aufstellung von Sendemasten.

November: Die ödp reicht eine von vielen Eltern unterstützte Popularklage gegen das familienfeindliche Büchergeld beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof ein. Umfragen der ödp-Mandatsträger im ganzen Land haben ergeben, dass das Büchergeld um ein Vielfaches höher ist als die durchschnittlichen Bücherkosten der letzten Jahre. Die ödp sieht darin eine verfassungswidrige verdeckte Steuer.

2006:

April: Die ödp erreicht die Rücknahme zahlreicher Gemais-Anbauflächen in Bayern. Zwischen Februar und April 2006 recherchiert die ödp gezielt die Neuanmeldungen von Gen-Maisanbauflächen im Internet und informiert die örtlichen Lokalredaktionen und Bürgerinitiativen. Auch Demonstrationen werden organisiert. Dadurch wird vielerorts eine wichtige Debatte ausgelöst, in deren Folge die „Gen-Bauern“ ihren Antrag zurückziehen.

Mai: Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof erklärt das von der ödp initiierte Bürgerbegehren „Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik“ für zulässig. Ziel der Initiative ist die Abschaffung der Geheimhaltungspflicht in kommunalen

nalen GmbHs. Die ödp erreicht, dass die Medien vorab über die Tagesordnung der GmbH-Aufsichtsgremien informiert werden können. Die Verschwiegenheitspflicht für Kreis- und Stadträte kann aufgehoben werden. Themen, die vor der Auslagerung in kommunale Gesellschaften öffentlich diskutiert wurden, unterliegen nicht zwingend der Geheimhaltung.

Die bayerische ödp hat 239 kommunale Mandate und gut 3600 Mitglieder, die in 83 Kreis- und acht Bezirksverbänden organisiert sind.

Die Mitglieder nach Bezirken:

Oberbayern (ohne M)	925
Niederbayern	807
Schwaben	527
Oberpfalz	363
Mittelfranken	307
München	275
Unterfranken	266
Oberfranken	131

*ödp Bayern, Landesgeschäftsstelle
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel. (0851) 93 11 31, Fax (0851) 93 11 92
bayern@oedp.de
www.oedp-bayern.de*

Stand: 19.10.2006

Bernhard G. Suttner,
Landesvorsitzender der ödp-Bayern:

Politische Korruption in Deutschland – ein verschwiegenes Fundamentalproblem?

Dinnerspeech bei der 9. Speyerer
Demokratietagung am 26.10.06

Sehr geehrter Herr Prof. v. Arnim,
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Tagung,
wer sich das Thema „Politische Korruption in Deutschland“ vornimmt, muss zu allererst seine Motive prüfen. Es müssen therapeutische Motive sein. Das Engagement für die grundlegende Ordnung, für den sozialen Bundes- und Rechtsstaat, für unser wertvolles demokratisches Gemeinwesen – dieses Engagement muss das Motiv für unser Reden über politische Korruption sein.

Das Thema „Politische Korruption in Deutschland“ kann nämlich auch mit destruktiven Motiven vorgetragen werden. Das Thema kann als Abrißbirne missbraucht werden. Als Pauschalurteil „Sie sind doch alle gleich, nämlich alle gleich korrupt.“ „Die Politik ist gekauft.“ „Der kleine Mann, die kleine Frau hat nichts zu sagen.“ „Das Geld regiert.“

So vorgetragen kann das Thema als Rechtfertigung für die zu beobachtenden staatsfeindlichen Privatisierungstendenzen in allen Schichten des Volkes ebenso missbraucht werden wie als Deckmantel für verfassungsfeindliche Destruktion der grundgesetzlichen Ordnung, wie sie antidemokratische Gruppierungen und Parteien betreiben.

Wer das destruktive Motiv hat, wird sich auch einer entsprechend destruktiven Sprache befleißigen. Wer das therapeutische Motiv hat, wird seine Sprache zügeln müssen. Die Form hat gerade bei diesem Thema mit dem Inhalt zu tun und sie beeinflusst die Wirkung.

Jedenfalls ist mein Motiv und das Motiv der Veranstalter dieses Tagung natürlich ein therapeutisches. Ich fühle als Verfassungspatriot. Die Kritik und die Eindämmung der politischen Korruption ist eine Daueraufgabe. Sie ist niemals ein für alle mal getan. So wie an jedem Arbeitsplatz routinemäßig kontrolliert, gereinigt und repariert werden muss, so muss auch am Arbeitsplatz Politik routinemäßig kontrolliert, gereinigt und repariert werden. Der Arbeitsplatz Politik unterliegt – zu Recht – einer besonders intensiven Beobachtung. Dass hier nicht alles in Ordnung ist, rechtfertigt nicht die Abwesenheit oder den Rückzug.



Was ist politische Korruption im engen Sinn?

Die Legislative gilt in der Dreifaltigkeit der demokratischen Gewalten ja doch wohl immer noch als *prima inter pares*. Wie harmlos wirkt bei genauerer Betrachtung die interessengeleitete, gemeinwohlwidrige Übertretung eines Gesetzes im Einzelfall gegen die interessengeleitete, gemeinwohlwidrige Gestaltung eines für alle gültigen Gesetzes!

Die „Eignung zur allgemeine Norm“ ist für Kant bekanntlich das Kriterium zur Beurteilung der sittlichen Richtigkeit des individuellen Verhaltens. Dem korrupten Amtsträger ist wohl in aller Regel bewusst, dass sich sein Verhalten nicht als „allgemeine Norm“ eignet. Er weiß um die gemeinwohlfördernde Wirkung der Beachtung der Norm und umgeht sie, des eigenen Vorteils willen.

Die Formulierung der allgemeinen Norm ist der Arbeitsgegenstand der gesetzgebenden Gewalt im demokratischen Staat. Wenn die Formulierung der allgemeinen Norm durch Korruption beeinflusst wird, dann erleben wir die schwerste Form der Korruption, nämlich die politische Korruption. Die Folgen können verheerend sein: Was ist schon die Einzelfall-Sünde gegen die Struktur-Sünde? Und so mancher Amtsträger, der sich von einem richtigen und wichtigen strafrechtlichen Gehege zur Korruptionsabwehr umgeben sieht, könnte sich an Brechts revolutionären Zynismus „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank!“ erinnern und denken: „Was ist schon die korrupte Mißachtung eines Gesetzes im Einzelfall gegen die korrupte Gestaltung ganzer Gesetzespakete!“



Wichtige strukturelle Fundamente der Demokratie sind durch politische Korruption gefährdet:

1. Gefährdet ist die emotionale Mindest-Zustimmung zum demokratischen Gemeinwesen

Es ist nichts weniger gefährdet als die in einer sich individualisierenden Gesellschaft ohnehin schwach ausgeprägte emotionale Mindest-Zustimmung zur Verfassungsordnung. Ohne eine solche Mindest-Zustimmung kann auf die Dauer keine Demokratie stabil bleiben. Diese Zustimmung kommt ohne vertrauenswürdigen politischen Personal nicht aus. Man kann beklagen, dass sich die Bürgerschaft mehr an den repräsentativen Personen und ihrem Verhalten orientiert als an Verfassungsartikeln, politischen Programmen und den Inhalten der legislativen Alltagsarbeit; man wird dieses jedoch als Realität zur Kenntnis nehmen müssen: *de facto* hängt das Ansehen der Demokratie vom Verhalten der führenden, öffentlich bekannten Personen ab.

Wenn die repräsentativen Personen als korrupt gelten, wird auf die Dauer die Legitimationsvoraussetzung, die emotionale Zustimmung zur demokratischen Grundthese „wir leben in einer guten Ordnung, die es wert ist verteidigt und gerechtfertigt zu werden“ verloren gehen.

2. Gefährdet ist die Macht des demokratischen Souveräns

Die Demokratie lebt davon, dass die Gesetzgebungsorgane und ihre Arbeit durch Wahlen und durch das freie Gewissen der Gewählten bestimmt werden. Politische Korruption greift diese Voraussetzungen an, indem sie den Leuten unmissverständlich zeigt, dass die im Sozialkundeunterricht erlernten Sätze romantische, märchenhafte Verfälschungen oder doch nur Idealvorstellungen ohne Realitätsbezug sind. Politische Korruption zeigt den Bürgern, dass es wirksamere Mittel gibt, den Gang der Dinge zu beeinflussen – wirksamere Mittel als es die anstrengend-regelmäßige Beteiligung an der Meinungsbildung im Diskurs und die sporadische Beteiligung an Wahlen sind.

Korruption greift diese Lebensvoraussetzung des demokratischen Systems, die Ahnung von der Volkssouveränität, im Zentrum an: Das begründete Wissen um politische Korruption, die vielfach nachgewiesene Beeinflussung legislativer Akte durch landschaftspflegende Geldzuwendungen, Möglichkeiten zu Nebentätigkeiten und/oder Chancen auf lukrative Positio-

nen nach der politischen Laufbahn wird von den Bürgern als Verlust eigener Gestaltungsmacht interpretiert:

Der Geld- und Chancenzufluss an Parteien und Politiker entwertet die Stimme des Bürgers bei der Wahl und die Stimme des Bürgers im meinungsbildenden Diskurs.

3. Gefährdet ist die Chancengleichheit der Interessensgruppen

Wenn mit Geld und Chancengewährung Gesetzgebung beeinflusst werden kann, wird natürlich auch die Gleichheit der Chancen im Interessensstreit zerstört: Die in ihrer Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit für die moderne demokratische Gesellschaft unbestrittenen Organisationen zur Interessensbündelung und Interessensartikulation werden sozusagen in zwei große Gruppen eingeteilt:

- In die Gruppe der zur Korruption materiell fähigen, welche Geldmittel und lukrative Positionen zur Verfügung haben und
- in die Gruppe derjenigen, die über diese Möglichkeiten nicht verfügen.

Letztere haben womöglich die edleren Ziele, vielleicht sogar die besseren Argumente; da sie aber finanzschwache und schwer zu organisierende Interessensträger vertreten, fehlen ihnen die materiellen Mittel und die Möglichkeiten lukrative Posten anzubieten. Ich denke an Organisationen der Menschenrechtsverteidigung und der ökologischen Zukunftsvorsorge, aber auch an Familienverbände und Jugendorganisationen. Es eint sie allesamt ihre relative Mittellosigkeit und damit ihre weitgehende Unfähigkeit, Entscheidungsträgern echte Vorteile gewähren zu können.

Ich möchte nicht behaupten, dass die materiell starken Verbände immer die falschen Vorschläge für die Lösung politischer Probleme machen und dass die schwachen Gruppen immer Recht haben. Das nicht. Aber es wäre mir lieber, die Legislative würde z.B. über die Neuorganisation des Gesundheitssystems, über den Nichtraucherschutz am öffentlichen Ort, über ein Tempolimit, über die Haftpflicht für Atomanlagen oder über die Steinkohlesubventionen und erst Recht über das gewaltige Problem des Klimaschutzes debattieren und entscheiden, ohne dass sich Parteien und Parlamentsmitglieder ständig an Großspenden aus der Versicherungswirtschaft, der Pharmaindustrie, der Automobilwirtschaft und der Zigarettenhersteller erinnern müssten und ohne dass von

den jeweiligen Hauptbetroffenen bezahlte Nebenberufler als Mandatsträger die Entscheidungen mit vorbereiten.



Was ist zu tun? Es sind deutliche Eingriffe und Änderungen nötig.

Die Bundesrepublik Deutschland steuert – davon bin ich überzeugt – in eine kaum noch zu verleugnende Zustimmungskrise hinsichtlich ihrer demokratischen Strukturen hinein.

Ein notwendiger Beitrag (einer von mehreren notwendigen) zur Wiederherstellung besserer Akzeptanz ist der radikale Abbruch von Strukturen, die Korruption ermöglichen.

Die leicht zu formulierende aber schwer zu verwirklichende Grundforderung lautet für mich folgendermaßen:

Was für die rechtsprechende und die vollziehende Gewalt gilt, muss prinzipiell auch für die gesetzgebende Gewalt gelten. Also: Die gesetzlichen Regelungen zur Korruptionsabwehr bei den Amtsträgern der Exekutive und der Judikative müssen Schritt für Schritt auf die Mandatsträger in der Legislative ausgeweitet werden.

Niemand würde vertrauensvoll zu Polizei, Schulamt oder zum Gericht gehen, wäre es den dortigen Akteuren erlaubt, von privaten Firmen, Verbänden oder Einzelpersonen Vergünstigungen aller Art, insbesondere Großspenden, anzunehmen. Was uns bei Exekutive und Judikative ganz selbstverständlich gruselig und abwegig vorkommt, ist in der Legislative ebenso selbstverständlich geübte Praxis.

Was bei Exekutive und Judikative im entdeckten Einzelfall – weil absolut verwerflich – in nahezu allen Fällen zur Entfernung aus dem Amt führt, fördert in der Legislative die Erfolgs- und Durchsetzungschancen von Personen und Parteien.

Völlig unvorstellbar ist in Bezug auf Exekutive und Judikative, was in der Legislative als sinnvoll und nützlich gilt: Interessenverbände versuchen ganz gezielt eigenes Personal in die Doppelfunktion als Interessenvertreter und Parlamentarier zu bringen. Politische Parteien preisen sich glücklich, solche Fachleute in ihren Reihen zu haben. Gerne greifen sie auch auf ausgearbeitete Gesetzentwürfe zurück, die ihnen von Interessensgruppen geliefert werden; diese Übung ist allerdings nicht auf die parlamentarische Seite der Gesetzgebung beschränkt:

Auch die Ministerien nutzen gerne und umfassend den „Fachverstand“ von Firmen und Firmenverbänden (wie etwa der forschenden Pharmaindustrie, der Energiewirtschaft oder der Versicherungswirtschaft). Aber auch gesellschaftliche Interessensorganisationen sind als Fachberater in der Frühphase der Gesetzgebung herzlich willkommen, angeblich sogar unentbehrlich.

Wir haben uns daran gewöhnt, davon auszugehen, dass die politischen Apparate in Parlamenten und Regierungen nicht in der Lage sind, die Probleme der Welt ausreichend erkennen und gedanklich durchdringen zu können. Wir haben uns daran gewöhnt, die Zulieferung von Analysen und Problemlösungsvorschlägen aus Kreisen wohl organisierter Partikular-Interessen für selbstverständlich und unverzichtbar zu halten.

Um die Fragwürdigkeit dieser eingeübten und eingeschliffenen Realität wieder zu erkennen muss man die Vergleiche mit den beiden anderen Gewalten ziehen: Würden wir es tolerieren, dass Interessensverbände versuchen, „ihre“ Leute in die Senate der Landes- und Bundesgerichte, in die Staatsanwaltschaften oder auch nur in das Bauamt der Stadt Speyer oder meines Heimatlandkreises Straubing-Bogen zu bringen? Würden wir es tolerieren, dass ein Firmenverband routinemäßig Entscheidungsvorschläge an Gerichte und Verwaltungen liefert und von dort Dank und Anerkennung erhält? Würden wir es tolerieren, dass Exekutive und Judikative regelmäßig mit Spenden aus Firmen und Verbandskassen bedacht werden und dabei lediglich auf die ordentliche Veröffentlichung und Verbuchung geachtet werden muss?

Natürlich nicht. Muss man sagen: Noch nicht? Breitet sich das Spenden-Wesen nicht mehr und mehr in die Bereiche der öffentlichen Einrichten aus? Mancher Bereich der Drittmittel-Forschung an öffentlichen Universitäten, aber auch der Ankauf moderner Lernsystem oder die Einrichtungen der Tagesbetreuung an allgemeinbildenden Schulen mit freundlicher Hilfe der Firma Soundso oder auch die Public-Private-Partnership im Bereich der Kultur- und Sozialförderung signalisiert genaugenommen das Vordringen der „Landschaftspflege“ in die Bereiche der Exekutive.

Der Gleichsetzung von Legislative, Exekutive und Judikative in dieser Fragestellung wird allerdings entgegen gehalten, dass die Personen der Legislative in besonderer Weise mit der Gesellschaft verknüpft sein müssen und deshalb deren (auch

strafrechtliche) Abschottung gegen Partikularinteressen nur um den Preis der Weltferne zu erreichen sei.

So wurde mir und meiner Partei gegenüber argumentiert, als wir seinerzeit erfolgreich mit den Mitteln von Volksbegehren und Volksentscheid die direkte Beteiligung von einigen exklusiven Interessengruppen an der Gesetzgebung aus der Verfassung des Freistaates streichen konnten: Die so genannte „Zweite Kammer“ des Parlaments, der Bayerische Senat, war ja nichts anderes, als eine nicht vom Volk gewählte Schimäre von Ständestaat und modernem Lobbyismus mit Verfassungsrang.

Die gleichen Argumente wurden uns entgegengebracht, als wir – leider weniger erfolgreich – versuchten, den bayerischen Landtagsabgeordneten nicht nur ihre ebenso kostenlose wie stattliche Altersversorgung zu nehmen sondern auch alle Nebentätigkeiten für Verbände und Firmen zu verbieten.

Wer Unabhängigkeit als Weltferne denunziert und nur dem vielfach oder auch nur einfach gebundenen und verbundenen Parlamentarier die Erkenntnis der gesellschaftlichen Realitäten zutraut, der behauptet doch indirekt auch, dass der Richter und Beamte, dem finanzielle Verbindungen zu Firmen und Verbänden in aller Regel streng verboten sind, weltferne und damit schädliche Entscheidungen treffen wird.

Ich bleibe deshalb dabei:

Der Wegweiser ist für die Legislative aufgestellt und er muss in die Richtung mindestens jener Korruptionsabwehr-Regeln deuten, die für Exekutive und Judikative gelten.

Im Detail dürfe es um folgenden Maßnahmenkatalog gehen:

a)

Geldzuwendungen an einzelne Mitglieder legislativer Organe und an Fraktionen sind generell zu verbieten.

Geldzuwendungen an Parteien sind in der Höhe streng zu begrenzen und außerdem nur durch natürliche Personen, die das aktive und passive Wahlrecht haben, zu erlauben. Es ist für mich nicht einzusehen, warum Kapitalgesellschaften oder Vereine und Verbände, die als juristische Personen ja auch nicht Mitglieder von Parteien sein können geschweige denn an allgemeinen Wahlen teilnehmen dürfen, dennoch einen derart großen Einfluss auf politische Parteien haben sollen!

b)

Die Nebentätigkeiten von Abgeordneten sind in der Tendenz zu verbieten, auf jedem Fall aber einem strengen Reglement (Begrenzung der Anzahl, Veröffentlichung der aufgewendeten Arbeitszeiten und Einkünfte) zu unterziehen.

Ich plädiere übrigens auch für ein derart strenges Reglement bei den allseits beliebten und verbreiteten ehrenamtlichen Nebentätigkeiten von Politikern für gemeinnützige Verbände. Die großen Wohlfahrtsverbände z. B. sind in vielfältiger Weise von gesetzlichen Regelungen und Haushaltsansätzen betroffen. Es ist kein Zufall, dass sich alle derartigen Organisationen bemühen, Parlamentarier und Regierungsmitglieder in ihre Vorstände einzubinden. Hier wuchert ein symbiotisches Geflecht. Der Politiker profitiert von seinem öffentlich darstellbaren Engagement für edle Zwecke, der Verband hat den kurzen Draht zur Gesetzgebung und kann frühzeitig und wirksam z. B. eine drohende Verschärfung der legislativen Vorgaben für den Betrieb von Altenpflegeheimen beeinflussen. Gefährdet ist die Unabhängigkeit der Gesetzgeber ebenso wie die Chancengleichheit der Interessensträger: Schließlich werden niemals alle relevanten Verbände gleichgewichtig „eigene Leute“ in den Parlament haben.

c)

Der unmittelbare Wechsel aus dem Mandat in die Dienste von großen Verbänden und Wirtschaftsunternehmen ist zu verbieten. Die Einführung von ausreichend langen Karenzzeiten für ausscheidende Politiker muss notfalls mit einer Verlängerung der Übergangszahlungen nach dem Mandatsverlust einhergehen, wenn es die wirtschaftliche Lage des Betroffenen erfordert.



Kritische Öffentlichkeit und direkte Demokratie sehe ich als Instrumente gegen politische Korruption, die aber nur in Kombination das Problem wirksam bekämpfen können.

Da für die Abwehr politischer Korruption, also der Beeinflussung der Gesetzgebung durch Zuwendungen und Chancengewährung, letztlich nur die Legislative selbst sorgen kann, deren personelle und organisatorische Träger aber die gegenwärtigen Verhältnisse nicht für problematisch und ver-

änderungsbedürftig halten, muss zur repräsentativen Form der Gesetzgebung unbedingt auch auf der Bundesebene die Möglichkeit für direktdemokratische Gesetzesinitiativen und Volksabstimmungen geschaffen werden. Freilich – hier beißt sich das schwarze Schaf der Gesetzgebung in den Schwanz ...

Ich stimme der These nicht zu, wonach (nur) von einer kritischen (medialen) Öffentlichkeit das Heilmittel gegen die „Auto-Korruption“ der Legislative erwartet werden kann. Die Aufdeckung von Korruptionsfällen im Umfeld der Gesetzgebung setzt stets am Einzelfall an. Es gelingt der medialen Öffentlichkeit zwar immer wieder, den Politiker X und seine Verknüpfungen mit dem Konzern Y oder dem Verband Z vorzuführen. Womöglich stürzt X sogar über den berichteten Skandal. Allerdings gelingt es in aller Regel nicht, das Problem strukturell zu heilen, weil mediale Öffentlichkeit kurzfristig ist und oft schon in der nächsten Woche anderes als berichtenswerter gilt.

X wird womöglich als „schwarzes Schaf“ oder gar als „armes Opfer“ fallen gelassen. Der nicht entdeckte „Rest“ macht weiter wie bisher. Vor allem an den Strukturen ändert sich nichts.

Als äußerst fataler Kollateralschaden bleibt zurück, was ich eingangs als gefährliche Wirkung einer „falschen“ Rede über politische Korruption bezeichnet habe: Feinde der Demokratie sind durch den aufwendig berichteten skandalösen aktuellen Fall neu munitioniert; Menschen auf dem Weg in die apolitische Privatheit haben einen weiteren Rechtfertigungsgrund für den Ausstieg aus der bürgerschaftlichen Verantwortung gesammelt: „Man sieht es ja – alle sind sie korrupt. Mich bringt niemand mehr zur aktiven Teilhabe an diesem System!“

Diesem Elend kann nur die Aufdeckung der Einzelfälle plus Änderung der Strukturen abhelfen. Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen für die Angehörigen der Legislative ist bei diesen nicht in den besten Händen. Sie kann deshalb nur über direktdemokratische Gesetzgebung geschehen. Deshalb ist die Forderung nach der Schaffung direktdemokratischer Möglichkeiten auf Bundesebene eine wichtige, meiner Ansicht nach unverzichtbare Forderung zur besseren Abwehr politischer Korruption.

Direkte Demokratie in ihren unterschiedlichen Formen – von der bürgerschaftlichen Planungszelle über die Volks-Initiative bis hin zu Volksbegehren und Volksentscheid – hat auch noch eine andere Wirkung gegen politische Korruption:

Die Bestechung und Vorteilsgewährung durch einzelne Interessensträger wird angesichts der Vielzahl und der Anonymität der Entscheider bei der direktdemokratischen Gesetzgebung wesentlich erschwert, praktisch unmöglich.

Die Einwände gegen die plebiszitäre Demokratie sind mir wohl bewusst und ich wische sie nicht leichtfertig vom Tisch. Allerdings glaube ich, dass die Praxis der direkten Demokratie in den Bundesländern und Kommunen Deutschlands ebenso geeignet ist diese Einwände zu entkräften wie die Erfahrungen in einer Vielzahl von parlamentarischen Demokratien (ganz zu schweigen von der Schweiz!).



Eine ökologische Erinnerung zum Schluß.

Ich kann mich gut daran erinnern, dass seinerzeit in der Debatte um die Einführung des Autokatalysators seitens der Industrie folgendermaßen argumentiert wurde:

Der Katalysator verlangt bleifreies Benzin. Blei ist wichtig für die Schmierung der Ventile hochwertiger Motoren. Deshalb ist Blei unverzichtbar. Folglich kann es für deutsche Autos keinen Katalysator geben. Wenn die Forderung dennoch durchgesetzt wird, bricht alles zusammen...

Die Befürworter von Katalysator und Bleiverzicht wiesen vor allem auch darauf hin, dass sich das Schmiermittel Blei nach getaner Arbeit im Motor via Abgas auf die Landschaft legt und sich nach Einatmung vorrangig im Gehirn des Menschen anreichert und dort Schaden anrichtet..

Ich bringe das Beispiel nicht um daran zu erinnern, dass es der einflussreichen Autolobby lange gelungen ist, entsprechende gesetzliche Regelungen zu verhindern, dass aber endlich doch die Vernunft gesiegt hat. Nein ich möchte die folgende Parallele ziehen:

„Ohne Parteispenden und Nebentätigkeiten funktioniert keine moderne Demokratie“ höre ich von maßgeblichen Leuten. Allerdings bringt niemand die Ehrlichkeit auf, wie weiland die Autoleute über die Wirkung von Blei im Motor zu sagen, dass Parteispenden und Nebentätigkeiten als Schmiermittel für moderne Hochleistungsgesetzgebung unverzichtbar sind ...

Ich bin davon überzeugt, dass eine moderne Legislative sehr gut ohne das Schwermetall-Konglomerat „Spende und Nebentätigkeit“ auskommen kann, dass der Motor der Gesetzgebung ohne diese Zutat nicht zusammenbricht. Ich erwarte im Gegenteil sehr positive Wirkungen von einer Ausweitung der strafrechtlichen Korruptionsabwehr auch auf die Mandatsträger: Eine frische Brise in der politischen Landschaft und weniger Schadstoffe mit Langzeitwirkung.

Auf andere Weise aber ähnlich wie Blei lagert sich auch das Schmiermittel Geld im Gehirn ab und blockiert dort jene Areale, die für die Demokratie unverzichtbare Steuerleistungen erbringen: Lust an der eigenen Unabhängigkeit, die Freude ein freier Geist zu sein und einen solchen zu haben, die Würde der eigenen Verantwortung.

Jede Stimme und jede Mitgliedschaft wirkt!

Die ödp hat in Bayern schon einiges erreicht:

- fünf Standorte für neue Atomkraftwerke gestrichen
- Senat abgeschafft
- Landtag auf normale Größe verkleinert
- Büchergeld-Skandal aufgedeckt!
- Geheimpolitik in kommunalen GmbHs abgeschafft!
- Politikerpensionen streichen, Aufsichtsratsposten für Abgeordnete verbieten (vom Innenministerium verhindert)

Coupon

Bitte senden Sie mir weitere kostenlos Informationen.
Ich interessiere mich für:

- ödp-Programm für Bayern
- Grundsatzprogramm
- Was die ödp von den Grünen unterscheidet
- ödp-Veranstaltungen
- Mitgliedschaft aktiv fördernd

* Mitgliedsbeitrag: 6,- mtl., Familienbeitrag 6,50, ermäßigter Beitrag 1,-,
50 % erstattet das Finanzamt (§ 34g EStG).

Fordern Sie bitte ein Beitragsformular für aktive oder fördernde Mitgliedschaft an.

Name Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Tel. eMail

Bitte senden oder faxen Sie diesen Coupon an:

Ökologisch-Demokratische Partei

Landesverband Bayern
Postfach 21 65, 94011 Passau
Tel. (08 51) 93 11 31, Fax (08 51) 93 11 92
bayern@oedp.de

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp).

Ich verstehe mich eher als (bitte ankreuzen)

■ aktives Mitglied

und möchte mich evtl. in folgenden Bereichen engagieren:

■ förderndes Mitglied

Name Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon (mit Vorwahl) Kreis

Beruf Geburtsdatum

Mit meiner Mitgliedschaft erkenne ich die Satzung und das Grundsatzprogramm der ödp an.

Der Beitritt wurde mir empfohlen von:

Ich zahle den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von jährlich 72,- €
- Familienbeitrag von jährlich 78,- €
(bitte Namen weiterer Familienmitglieder beifügen)
- ermäßigten Beitrag von jährlich 12,- €
(Schüler, Studenten, nicht Erwerbstätige)

Ich ermächtige die ödp bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen.

jährliche halbjährliche Abbuchung

Kto.-Nr. BLZ

Geldinstitut

Spenden und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerjahresausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG). Bei Beiträgen bis 100,- € genügt zur Vorlage der Überweisungsbeleg, bei höheren Beträgen senden wir Ihnen unaufgefordert eine Spendenbescheinigung.

Datum Unterschrift

**ödp.
Landesgeschäftsstelle
Postfach 21 65**

94011 Passau

